

**Niederschrift über die
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 07.07.2017**

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder:

Kreisräte/innen:

Jäger, Beutel, Häußermann, Heisenberger, Hundt, Metzger (CDU)

Riedel, Schäf, Wörner (SPD)

Heid, Ulrich, Ostfalk (Freie Wähler)

Dr. Fleischer, Sturm (GRÜNE)

Wilhelm (FDP-FW)

Heide (AfD/Unabhängige)

Bezler (Linke/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder:

Sczuka (bis 12:39 Uhr) (CDU)

Heiß-Naundorf (GRÜNE)

Haußmann (bis 13:30 Uhr) (FDP-FW)

Entschuldigt:

Theile (CDU)

Berger (SPD)

Dannenmann (Freie Wähler)

Härtner (GRÜNE)

Hofer, Treiber (FDP-FW)

Ferner:

Finanzdezernent Geißler

Regierungsdirektor Dr. Zaar

Frau Clausen, Leiterin Geschäftsstelle Klimaschutz (Top 1)

Herr Gruben, IfaS (Top 1)

Herr Menzel, Geschäftsführer (Top 2)

Energieagentur

Herr Senz, KPMG (Top 3)

Herr Straus, Amtsleiter Straßenbauamt (Top 4, 5, 6)

Frau Fischer, DHBW-Studentin (Top 4, 5, 6)
Straßenbauamt

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am 07.07.2017

Seite 2

Öffentlich

Herr Hachenberger und Herr Dietz (Top 8)

(VVS)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin:

Kreisamtfrau Bareiß

Beginn der öffentlichen Sitzung 09:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 13:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Thema „Einführung eines Sozialtickets für eine Zone im VVS-Bereich“ an die Ausschussmitglieder verteilt mit dem Hinweis, dass der Antrag in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 18.09.2017 behandelt wird.

§ 1

Klimaschutz: Aktualisierte CO₂-Bilanz für den Rems-Murr-Kreis

Drucksache 2017/145

Landrat Dr. Sigel sagt, wichtig sei zunächst einmal über das Ergebnis und die Fortschreibung der kreisweiten CO₂-Bilanz zu informieren. Bedauerlicherweise seien die CO₂-Emissionen gestiegen statt gesunken. Dies mache das Dilemma der Verwaltung deutlich, denn die kommunale Seite sei auf einem guten Weg. Auch beim Schullandheim Mönchhof hätte man das Konzept nochmal überdacht und schon einiges umgesetzt.

Herr Gruben, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement, erläutert die aktualisierte CO₂-Bilanz des Rems-Murr-Kreises an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich für den Bericht und meint, man sei zwar auf dem richtigen Weg aber dennoch seien einem gleichzeitig die Hände gebunden. Aus ihrer Sicht müsse das Thema Photovoltaik besser beleuchtet werden. Sie fordert die Energieagentur auf, die Privathaushalte mehr zum Energiesparen zu motivieren, zum Beispiel beim Thema Stand-by von Elektrogeräten.

Kreisrat Haußmann zeigt sich erfreut, dass der Rems-Murr-Kreis besser als der Bundesdurchschnitt sei. Er fragt, ob bei den Datengrundlagen und damit Vergleichswerten auch Faktoren wie die Jahrestemperatur berücksichtigt worden seien. 2008 sei zum Beispiel der Gasverbrauch bei ihm privat deutlich niedriger gewesen als 2015. Aus seiner Sicht seien die Hürden bei den Klimaschutzziele zu hoch gelegt. Das Land Baden-Württemberg habe gemäß Koalitionsvertrag, Seite 49, das 50.000-Dächer-Photovoltaikprogramm. Die Photovoltaik sei ausbaufähig und mache auch für den

Rems-Murr-Kreis Sinn. Die Zulassungszahlen im Fahrzeugbereich seien gestiegen. Er bitte um bessere Daten und um eine technologieoffene Herangehensweise.

Kreisrat Ulrich spricht dem Referenten seinen Dank aus. Er bemerkt, dass bei steigender Wirtschaftsentwicklung ein CO₂-Anstieg nicht verwunderlich sei. Gemeinsam mit der Energieagentur fahre man die richtige Strategie. Er würde noch gerne in Zahlen wissen, was die drei Windräder auf dem Goldboden bewirken werden.

Kreisrätin Heß-Naundorf erschreckt es, dass keine Verbesserung zu verzeichnen sei. Es sei wichtig zu wissen, wie man weitermache und in welchen Sektoren. Ein wichtiger Punkt sei aus ihrer Sicht, dass man die privaten Haushalte nicht nur aufkläre, sondern eventuell durch Anreize, wie zum Beispiel kleine Zuschüsse, zum Verbessern der CO₂-Werte motiviere, speziell bei Heizenergie. Im Bereich des ÖPNV könnte man vermehrt Querbusse einsetzen und für eine bessere Vertaktung sorgen.

Kreisrat Jäger meint, man sollte nicht zu frustriert reagieren sondern sich immer fragen, wo würden man heute beim Klimaschutz stehen, wenn man gar nichts unternommen hätte. Auch müsse man stets die Vergleichbarkeit von Jahreszahlen kritisch hinterfragen. Im Bundesvergleich stehe man gut da. Lieber solle man sich kleine, erreichbare Ziele setzen als zu große. Man brauche die Motivation und zum Beispiel im Bereich der kommunalen Gebäudesanierung habe man hervorragende Arbeit geleistet.

Kreisrat Metzger sieht in den freiwilligen Leistungen, und somit Anreizen für die Bürger, den wichtigsten Ansatzpunkt. Die Arbeit, die die Energieagentur leiste, sei wichtig, es müsse aber noch mehr gemacht werden, zum Beispiel durch stärkere Kontrollen bzw. der Isolierung von Heizungsrohren in Kellern.

Kreisrat Sczuka sagt, man habe die Latte zu hoch gelegt und letztendlich dramatisch gerissen. Er stelle sich die Frage, ob die geplanten Projekte sinnvoll seien. Man müsse konkrete Maßnahmen angehen, wie zum Beispiel Flächen für Photovoltaikanlagen anbieten. Der Rems-Murr-Kreis könne nur als Vorbild für die privaten Haushalte dienen. Solange der Ölpreis sich aber nicht ändere, sei nicht zu erwarten, dass die Privathaushalte in diesen Bereich investieren werden. Finanzielle Anrei-

ze für Privathaushalte zu schaffen sei keine Kreis Aufgabe. Auch das Nahwärmenetz in Althütte rechne sich erst, wenn der Ölpreis steige.

Kreisrat Riedel sieht das Ganze nicht ganz so, dass die Latte dramatisch gerissen worden sei. Es handle sich um eine differenzierte Untersuchung mit verbesserter Datengrundlage. Ihn freue, dass inzwischen bei allen das Herz für alternative Energieträger schlage. Schon vor 15 Jahren sei es ein SPD-Vorschlag gewesen, Photovoltaik an Lärmschutzwänden anzubringen. Auch die Windkraft sei eine wichtige solare Energie, denn ohne Sonne gäbe es keinen Wind. Private Haushalte sollten weiter unterstützt werden. Er stimme Kreisrätin Wilhelm zu, den Stand-by-Verbrauch in privaten Haushalten zu thematisieren. Sein besonderes Augenmerk gelte nach wie vor dem ÖPNV, was später noch im Ausschuss beleuchtet werde. Im Klimaschutz habe der Rems-Murr-Kreis seine Hausaufgaben gemacht und werde sicherlich auch in Zukunft das Machbare umsetzen.

Kreisrat Heide findet, die Hauptaussage des Berichts sei, dass Privathaushalte als „Bösewicht“ ausgemacht würden. Er habe Zweifel daran, ob die Datengrundlagen stimmig seien. Entsprechend seiner Nachfragen würde keinen Schornsteinfeger der tatsächliche Heizölverbrauch seiner Kunden interessieren. Auf Grundlage der Nennleistung der Heizkessel Hochrechnungen zu erstellen, sei nicht möglich.

Kreisrätin Dr. Fleischer kann den Zahlen der Präsentation und dem Tenor „weiter so“ nicht zustimmen. Sie halte diese für zu geschönt. Man müsse mehr nach vorne denken. Man habe gute Maßnahmen auf den Weg gebracht, aber nun seien weitere Schritte notwendig. Das Bewusstsein der Gemeinden sollte dahingehend gestärkt werden, dass diese bei neuen Baugebieten zum Beispiel mehr auf die Ausrichtung der Dächer oder die Nutzung regenerativer Energien achten. Auch die Kreisbau soll Verantwortung übernehmen. Die Stadtwerke sollen gestützt werden, damit beispielsweise BHKWs demnächst nicht mehr mit Erdgas, sondern mit klimafreundlichen Holzpellets betrieben würden. Beim Kauf von PKWs würden immer mehr große und schwere Fahrzeug bevorzugt. Es sei wichtig, den Radverkehr auszubauen. Daran müsse weitergearbeitet und Anreize geschaffen werden.

Kreisrat Bezler sagt, Ausarbeitungen seien sicherlich notwendig. Es sei für jedermann auf der Straße ersichtlich, dass die CO₂-Emissionen steigen. Es gäbe Staus und Abgase, Dachflächen

blieben ungenutzt. Es sei wichtig, Anreize über eine konkrete Kontaktaufnahme mit dem Bürger zu schaffen. Für ihn sei entscheidend, dass man bei allen Klimaschutzmaßnahmen auch baubiologische Faktoren mit einbeziehe, beispielsweise beim Dämmmaterial.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass das Thema Photovoltaik Gegenstand der nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses sein werde. Im Rahmen des Gesamtimmobilienkonzepts Waiblingen stünde noch die Sanierung des Alten Postplatzes 10 auf der Agenda. Auch hier heiße man noch zum Dach raus.

Herr Gruben antwortet auf die aufgeworfenen Fragen. Zur Belastbarkeit der Daten führt er aus, dass diese eine sehr gute Datenbasis darstellen würden. Der tatsächliche Heizölverbrauch sei nicht ermittelbar, er erläutert aber wie die Erhebung auf belastbare Weise erfolgt sei. Eine Witterungsbereinigung hätte man durchgeführt. Allerdings würden die Verbräuche und CO₂-Emissionen für 2015 witterungsbereinigt noch höher ausfallen. Bezüglich der Ausbauziele und Effizienz der erneuerbaren Energien im Einzelnen verweist er auf die Vorlage vom UVA im Oktober 2016. Anreize für den Bürger gebe es zum Beispiel über Landes- und Bundesprogramme, etwa die KfW. Allerdings würden diese Informationen nicht immer beim Bürger ankommen. Die Einrichtung der Energieagentur als regionales Instrument war ein richtiger Schritt. Hierüber können man von Landes- und Bundesmitteln partizipieren und noch eine bessere Darstellung nach außen erzielen. Photovoltaik halte er für ebenso wichtig wie die Windkraftenergie. Seine Empfehlung sei, künftig weniger das aggregierte Klimaschutzziel in den Fokus zu rücken, sondern verstärkt Einzelziele und Faktoren über Maßnahmen und Zielsetzungen zu definieren.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt die Fortschreibung der kreisweiten CO₂-Bilanz zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

2 Amt für Umweltschutz

§ 2Erteilung von Weisungen für die Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbHDrucksache 2017/032

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/032.

Herr Menzel, Geschäftsführer der Energieagentur Rems-Murr gGmbH, stellt den Tätigkeitsbericht und den Jahresabschluss an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, vor.

Kreisrat Bezler dankt Herrn Menzel und bestärkt ihn in seiner Arbeit für die Zukunft. Außerdem bittet er um ein genaueres Fazit zu den Checks bei der Gewerbeenergiekampagne zu erfahren.

Kreisrat Riedel dankt Herrn Menzel für seinen Bericht und seine Arbeit. Es sehe außerdem den Beleg dafür, dass es gut sei, die Energieagentur gemeinsam mit der Stadt Waiblingen gegründet zu haben. Er appelliert an alle anderen Kommunen, die dies bisher noch nicht getan hätten, sich an der Energieagentur zu beteiligen.

Kreisrätin Dr. Fleischer dankt ebenfalls für den Bericht und fragt nach den Planabweichungen bei den abgeschlossenen Fördermitteln.

Kreisrätin Wilhelm geht auf die Anzahl der von der Energieagentur getätigten Beratungen ein und möchte wissen, ob die Agentur im Hinblick auf Bundes- und Landesmittel beim Ausfüllen komplizierter Anträge helfe. Sie weist darauf hin, dass man bei Themen wie dem Stromsparen alle Bevölkerungsgruppen erreichen müsse. Die Energieagentur brauche ein Alleinstellungsmerkmal und müsse mehr gezielte Projekte in Angriff nehmen.

Kreisrat Heid sagt, dass viel über Heizen und Wärme gesprochen werde, man das Thema Kühlen jedoch nicht vergessen dürfe. So würden in Privathaushalten immer mehr Geräte zur Kühlung gekauft werden. Er regt an, dieses Thema in Zukunft aktiver zu bearbeiten.

Herr Menzel weist bezüglich der Checks der Gewerbeenergiekampagne auf einen Bericht der Energieagentur gegenüber dem Landratsamt hin und sagt, man könne die Zahlen nachreichen. Die Planabweichung bei den Fördermitteln sei durch die Haushaltskonsolidierung des Kreises ausgelöst worden. Herr Menzel erklärt kurz die Entstehung der Anzahl der Beratungen durch die Energieagentur und die Aufteilung der Beratungen auf die Mitarbeiter. Es würden hauptsächlich Bürger/innen sowie Kommunen und Unternehmen angesprochen werden, zukünftig sei außerdem geplant, auf Vereine zu zugehen. Herr Menzel sagt zu, das Thema Kühlen zukünftig auch zu bearbeiten.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Erteilung von Weisungen an den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbH entsprechend der in der Zusammenfassung dargestellten Absicht abzustimmen.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für Umweltschutz

1 Energieagentur

§ 3Erteilung eines Betrauungsaktes für die Energieagentur Rems-Murr gGmbHDrucksache 2017/086

Landrat Dr. Sigel geht kurz auf den Sachverhalt ein und verweist auf das europäische Recht, das die Energieagentur aufgrund zunehmender Förderakquise beachten müsse. Ohne weitere Beratung leitet er zu Abstimmung über.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Betrauungsakt (Anlage) für die Energieagentur Rems-Murr gGmbH zuzustimmen.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für Umweltschutz

1 Energieagentur

§ 4Bericht zu aktuellen Straßen- und WegebauthemenDrucksache 2017/138

Landrat Dr. Sigel sagt, da der Gesamtzustand der Straßen im Land aus Sicht des Kreises nicht optimal sei, sei es der Verwaltung wichtig, über den aktuellen Stand der Straßen sowie der Straßenbestandserhebung des Landes zu informieren. Auch sei bei einigen Kreisstraßen noch Nachholbedarf zu erkennen. Zudem werde man kurz auf aktuelle Themen wie Radschnellwege und den Aufbau einer Bundesautobahngesellschaft eingehen.

Straßenbauamtsleiter Straus legt die aktuellen Straßenthemen an Hand einer Präsentation dar, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Zur K1886 Sanierung Lorch-Walkersbach führt er aus, dass Teile der Strecke, die nicht zur Sanierung vorgesehen waren, im Zuge der Bauarbeiten sich als deutlich schlechter darstellten als zuvor ermittelt. Hinzu sei gekommen, dass sich, durch die Schwerverkehrsbelastung der Sanierungsarbeiten und die starke Hitze, die Fahrbahn erheblich verschlechtert habe. Dieses nachträglich verschlechterte Teilstück konnte man aus vergaberechtlichen Gründen allerdings nicht mehr im Zuge des Bauvertrages mitabwickeln und müsse als eigene Baumaßnahme ausgeschrieben und durchgeführt werden. Aus Verkehrssicherheitsgründen („Glatzenbildung“) sei dies zeitnah durchzuführen.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass es sich hier um Machbarkeitsstudien für Radschnellwege handle, von denen die Umsetzbarkeit der angedachten Routen dann abhängig sei. Die entsprechenden Mittel seien beim Land bereits beantragt und von dort ein positiver Bescheid in Aussicht gestellt worden.

Kreisrat Riedel dankt für den Bericht und merkt an, dass er die Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr generell für sehr bedenklich halte. Er sei weiterhin der Meinung, dass sowohl die Schienennetze als auch die Straßen grundsätzlich in öffentliche Hand gehörten.

Kreisrat Ulrich kritisiert, dass sich schon seit vielen Jahren zu wenig im Landesstraßenbau bewege. Die Thematik „Radschnellwege im Rems-Murr-Kreis“ grundsätzlich aufzugreifen begrüße er und

halte auch die generelle Erweiterung der Infrastruktur für Radfahrer, beispielsweise in Form von Park- oder Lademöglichkeiten, für sehr geeignet. Gegenüber der Errichtung der Bundesfernstraßenverwaltung zeigt er sich etwas skeptisch, denn die früheren Straßenbauämter seien aus seiner Sicht kompetent und eine gute Sache gewesen.

Kreisrat Beutel geht auf die angesprochene Sanierung der Straße bei Walkersbach ein und kritisiert das Vorgehen der Verwaltung, die Maßnahmen nicht in einem einzelnen Schritt geplant zu haben. Dies sei eine Ausnahme und wäre seiner Ansicht nach gut zu begründen. Die Bürger/innen könnten eine derartige Abbremsung der Maßnahmen nicht verstehen. Außerdem habe die Verwaltung schließlich auch einen gewissen Ermessensspielraum.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass die Verwaltung als öffentliche Hand hier keinerlei Spielraum habe und die Maßnahme sonst schlicht und ergreifend nach dem Vergaberecht nicht zulässig wäre. Er räumt jedoch ein, dass das Vergaberecht sehr kompliziert sei.

Kreisrat Sczuka fragt, an welcher Stelle die Maßnahme Walkersbach auf der Prioritätenliste des Rems-Murr-Kreises liege beziehungsweise wann damit zu rechnen sei. Bei der L 1120 habe man auch schon mal in Eigenregie 200 m selbst gemacht. Die Frage ist, wie man hier vorgehen könnte. Des Weiteren stellte er fest, dass die Priorisierung einzelner Maßnahmen den Bürger/innen teils nur schwer zu vermitteln sei.

Kreisrat Heissenberger möchte wissen, ob bei den vorgestellten, potenziellen Radschnellwegen die betroffenen Gemeinden bereits informiert worden seien. Bei einer möglichen Umsetzung müsse darauf geachtet werden, dass auf den Radschnellwegen nicht ständig an Ampeln angehalten oder Straßen überquert werden müssten. Im Zuge dessen seien Straßenerneuerungen zu erwarten.

Kreisrat Haußmann sagt, die derzeitige Unterfinanzierung der Straßen des Landes bestehe schon seit längerem. Außerdem betont er, dass Unfallschwerpunkte bei der Priorisierung berücksichtigt werden müssten. Er fragt zudem nach den Gründen der Verzögerung bei der Sanierung der Hangrutschung bei der Laufenmühle. Des Weiteren regt er an, vergleichbar hohe Fördermittel des Landes auch für den kommunalen Straßenbau wieder in Erwägung zu ziehen. In der Infrastrukturge-

sellschaft sehe er wie bei der ASFINAG (in Österreich) eine Chance dass größere Abschnitte in einem Zug umgesetzt werden würden.

Kreisrat Heid fragt nach, warum die anvisierten Radschnellwege in Waiblingen enden sollen. Ihm fehle der Anschluss ins Neckartal bzw. nach Stuttgart.

Straßenbauamtsleiter Straus sagt, bisher würden die Radschnellwege in Waiblingen enden. Allerdings sei im Vorfeld bis zur Stellung der Förderanträge auch alles sehr schnell gelaufen. Eine Anbindung Richtung Stuttgart sei ein guter Gedanke, den man aufnehmen werde. Zur Hangrutschung Laufenmühle führt er aus, dass notwendigen Eingriffe erheblich und zudem fachlich kompliziert gewesen seien. Sowohl die vorausgehende notwendige Planung als auch die Umsetzung brauche einfach seine Zeit. Bei der angesprochenen Maßnahme auf der L1120 Althütte-Winnenden handle es sich um eine nachrangige Maßnahme, daher sei diese bei der Priorisierung auch nur auf Platz 337 eingestuft.

Straßenbauamtsleiter Straus erklärt, dass die Machbarkeitsstudien der Radwege zunächst zu einer Grobplanung führen und die Kommunen später beteiligt werden würden. Auch erst zu diesem Zeitpunkt würden Vorgaben wie ein kreuzungsfreier Verlauf geprüft und das Umweltamt mit einbezogen werden. Im Rahmen der L1119 sei die Ausschreibung auf Grund des Landes abgebrochen worden. Das Ministerium berufe sich auf ihre Priorisierungsliste und daher sei es auch fraglich, wie man noch weiteren Druck ausüben könne.

Kreisrat Ostfalk bittet darum, bei den Machbarkeitsstudien der Radschnellwege auch die Verbindungen von Waiblingen in Richtung Murratal beziehungsweise den Großraum Backnang mit einzubeziehen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt vom Bericht des Straßenbauamts zu aktuellen Themen des Straßen- und Wegebaus Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

§ 5K 1876 Fahrbahndeckenerneuerung Asperglen und Bauwerkssanierung WieslaufbrückeDrucksache 2017/120

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisrat Beutel äußert sich kritisch über den Zeitpunkt der Ausschreibung und fragt, ob man die bereits im Herbst geplanten Maßnahmen nicht früher hätte ausschreiben können.

Straßenbauamtsleiter Straus erläutert, dass dies aufgrund der einzuplanenden personellen sowie finanziellen Ressourcen und der Abhängigkeit von Fristen aus dem Vergaberecht nicht möglich sei.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Fahrbahndeckenerneuerung und die Bauwerkssanierung der Wieslaufbrücke im Zuge der K 1876 öffentlich auszuschreiben und auf Grundlage des Ergebnisses des Vergabeverfahrens den Auftrag an den günstigsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

§ 6K 1883 Fahrbahndeckenerneuerung OberndorfDrucksache 2017/119

Frau Fischer, Bauingenieur -Studentin der DHBW, legt kurz den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, dar.

Kreisrat Metzger fragt, ob die Strecke bei Welzheim bis zur Umsetzung der Maßnahme wieder offen sei oder, ob es dementsprechende Absprachen gebe.

Frau Fischer antwortet, dass es zwar Verzögerungen auf der L1080 gebe, die Strecke werde jedoch bis zur Umsetzung der Maßnahme zumindest wieder halbseitig geöffnet sein.

Kreisrat Bezler legt dar, dass die im Rahmen der abschließenden Belagsarbeiten oftmals verarbeitete Sandschicht für Motorrad- und Fahrradfahrer sehr gefährlich sei. Er sei deshalb von Motorradfahrern angesprochen worden. Er fragt, wozu diese Sandschicht diene und ob es hinsichtlich dazu Klagen gebe.

Frau Fischer erklärt, dass man Straßen in der abschließenden Bearbeitung mit Splitt abstreuen müsse, um die Anfangsgriffigkeit zu erhöhen, d.h. damit die frische Oberfläche nicht zu rutschig sei. Dieser Splitt werde normalerweise dann abgekehrt.

Kreisrat Heid äußert die Bedenken, eine weitere Baustelle in dem betroffenen Gebiet zu öffnen. Es herrsche bereits jetzt Schleichverkehr und andere Straßen und Wege würden einer höheren Belastungen ausgesetzt, für die sie nicht vorgesehen seien. So sei beispielsweise die Brücke über den Tannbach inzwischen ruiniert.

Landrat Dr. Sigel versichert, dass man sich stets mit den betroffenen Gemeinden abstimme und die bestmögliche Umleitung suche. Es sei wichtig, im Sommer möglichst viele Maßnahmen umzusetzen, solange das Wetter es noch erlaube.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung, den Auftrag für die Fahrbahndeckenerneuerung auf der K 1883 im Bereich Oberndorf an den günstigsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

§ 7Verwendung der FAG-Fördermittel 2018 und aktuelle ÖPNV-Themen sowie Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppen zum ÖPNVDrucksache 2017/146

Landrat Dr. Sigel führt kurz in den Sachverhalt ein und hebt die Verkehrsanbindung an das Rems-Murr-Klinikum Winnenden hervor. Man habe nach pragmatischen Lösungen gesucht und alle möglichen Varianten abgeprüft. Allerdings komme man zum Ergebnis, dass eine direkte Verkehrsanbindung zum Klinikum sowohl aus finanzieller als auch vergaberechtlicher Sicht nicht realisierbar sei.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die Vorlage im Einzelnen.

Kreisrätin Wilhelm regt zu Ziffer 2 (Vergabe und Finanzierung zusätzlicher Verkehrsleistungen) an, man solle sich bei der Ausschreibung der Verkehrsbündel nicht nur auf monetäre Kriterien beschränken, sondern auch „Soft-Eigenschaften“ wie zum Beispiel Deutschsprachigkeit des Busfahrers mit einfließen lassen.

Kreisrat Riedel möchte wissen, ob der Kreisverwaltung bekannt sei, dass in Waiblingen gewünscht werden, die Linien 27 und 29 wieder zu trennen.

Herr Walter; Amt für ÖPNV, erläutert, dass die angesprochenen Linien im Bündel 3 lägen, welches kurz vor der wettbewerblichen Vergabe stünde. Man sei mit der Stadt Waiblingen im Gespräch.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar legt dar, dass bei Vergaben neben den finanziellen Kriterien auch die Erfüllung vorgegebener, hoher Standards berücksichtigt werde. Er erklärt, dass das Thema Sozialticket und die dazugehörigen Anträge in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses beraten werden würden. Er erläutert zudem kurz die gestellten Anträge zur Einführung des 15-Minuten-Taktes der S-Bahn und die daraus zu erwartenden Kosten. Im Raum stehe die Möglichkeit, dass das Land das Vorhaben mit Regionalisierungsmitteln von über 10 Mio. Euro unterstütze. Letztendlich wären dann noch rund 2 Mio. Euro zusätzliche Kosten für den Rems-Murr-Kreis zu erwarten.

Kreisrätin Wilhelm hält fest, dass manche Gebiete schlechter angeschlossen seien als andere. Manche Verbindungen hätten Ende 2017 noch immer einen 30- oder sogar 60-Minuten-Takt.

Herr Dr. Zaar erläutert, dass der 15-Minuten-Takt sukzessive aufgebaut werde. Er hebt außerdem den finanziellen Mehraufwand der Maßnahme hervor, demgegenüber dann die Fahrgeldzusatzentnahmen zu stellen seien. Die Idee sei, den Verkehr möglichst zu entzerren und so beispielsweise nach 9 Uhr günstigere Tarife anzubieten. Generell sei zu abzuwarten, ob die Erweiterung des Angebots auch die dementsprechende Nachfrage generiere.

Kreisrat Heide hinterfragt die Umsetzbarkeit des 15-Minuten-Taktes aufgrund der in Stuttgart stattfindenden Baumaßnahmen und der bereits jetzt schon vorliegenden, regelmäßigen Verspätungen der Züge. Er halte eine sorgfältige Prüfung für angemessen.

Herr Dr. Zaar antwortet, dass er zu diesen technischen Angelegenheiten keine Auskunft geben könne.

Kreisrat Haußmann verweist auf die Neuregelung der Regionalisierungsmittel und äußert die Bitte, nochmals auf das Land zuzugehen. Dies auch im Hinblick darauf, dass hier die Region die Verkehre selbst finanziere und es bei vielen anderen Regionen direkt über das Land laufe.

Herr Dr. Zaar verweist auf die Anlage 4.3 und führt dazu kurz den Sachverhalt aus.

Kreisrätin Sturm stellt fest, dass der Rems-Murr-Kreis gegenüber dem Status quo noch die am meisten zusätzliche Mehrleistungen und damit Mehrkosten zu erbringen habe. Sie stelle sich die Frage, ob der Rems-Murr-Kreis hier im Nachtreffen sei. Des Weiteren regt sie an, auch innovativere ÖPNV-Modelle in Betracht zu ziehen und diese nicht einfach aufgrund der Kosten abzulehnen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar wiederholt, dass der Kreis bereit sei, 50 Prozent der Kosten zu tragen, wenn die Gemeinden im Gegenzug der Übernahme der restlichen 50 Prozent zustimmen würden. Er bestätigt, dass im Rems-Murr-Kreis ein besonders hoher Zuwachs an Fahrzeugkilometern zu erwarten sei. Er verweist auf den ÖPNV-Pakt des Verkehrsministeriums, in dem in ländlichen Ge-

bieten auf den Bedarf einer Eigenbewertung verwiesen werde. Der Rems-Murr-Kreis sei beim Thema Ruftaxi Vorreiter und achte beim Einsatz von Bussen und Ruftaxis auf ökologische Gesichtspunkte.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar leitet in den Sachverhalt der Ziffer 4 (Anträge) über und erklärt, dass man den Antrag zu WLAN-freien Zugabteilen in S-Bahnen und Regionalzügen aufgrund der Unzuständigkeit weitergeleitet habe. In den eigenen zuständigen Bereichen sei kein WLAN vorgesehen. Bei den Regionalzügen sei die Ausschreibung bereits erfolgt und bei den S-Bahnen hätten die zuständigen Gremien bereits entschieden. Er hebt nochmals hervor, dass der Rems-Murr-Kreis für den vorliegenden Antrag nicht zuständig sei und er sich außerdem nicht in der Lage sehe, die gesundheitlichen Gefahren von WLAN zu bewerten. Des Weiteren sei der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt durch die äußeren Umstände als erledigt zu bewerten.

Kreisrat Bezler erläutert, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mittlerweile die Mobilfunkstrahlung knapp hinter Tabakrauch eingestuft habe, diese Gefahren also zukünftig als gleichwertig zu sehen seien. Das Bundesamt für Strahlenschutz empfehle die absolute Reduzierung der Strahlenbelastung durch Mobilfunkgeräte. Er betont die Auswirkungen insbesondere auf Jugendliche, Kinder, Schwangere und Kranke. Strahlung würde zu vermehrtem Tumorwachstum führen. Er kritisiert den Einsatz von WLAN im Allgemeinen und verurteilt dies als veraltete Technik. Kreisrat Bezler fordert die Freihaltung zumindest eines einzelnen Zugabteils von WLAN. Die bereits erfolgte Entscheidung der Region bestärke ihn in der Aufrechterhaltung seines Antrags.

Kreisrätin Sturm erläutert, dass die Anzahl elektrosensibler Menschen und auch Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten ansteige. In der Sitzung des Verbands Region Stuttgart habe sie dagegen gestimmt aber mehrheitlich sei für die Einführung von WLAN in allen S-Bahnen gestimmt worden. Sie werde auch heute der Absichtserklärung zustimmen.

Kreisrat Heide hebt hervor, dass der vorliegende Antrag ja nicht die gesamte Einführung des WLANs in Züge verhindern wolle, sondern dass lediglich ein Abteil WLAN-frei bleibe. Er halte es für nötig und bittet darum, dass der Rems-Murr-Kreis zumindest seine Meinung dazu formuliere.

Kreisrätin Wilhelm hält fest, dass 90 Prozent der Bahnfahrer/innen während der Fahrt ihr Handy nutzen. Zudem sei es aus technischer Sicht nicht möglich, ein einzelnes Abteil WLAN-frei einzurichten. Es werde immer Minderheiten mit spezifischen Wünschen geben. Die derzeitigen Entwicklungen seien zeitgerecht und daher werden sie gegen den Antrag stimmen.

Herr Bezler betont, dass die technischen Möglichkeiten zur Errichtung WLAN-freier Abteile gegeben seien.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig die Ziffern 1, 2, 3 und 5 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

1. Den in der Vorlage dargestellten Verkehrsverbesserungen im Jahr 2018, unter Verwendung von FAG-Fördermitteln in Höhe von 434.500 Euro, sowie 162.100 Euro aus dem Kreishaushalt des Jahres 2018, wird zugestimmt (Ziffer I.).
2. Der Vergabe und der möglichen Mitfinanzierung (geschätzter Anteil Rems-Murr-Kreis bis zu 20.700 Euro/Jahr) der in der Vorlage dargestellten zusätzlichen – über den Nahverkehrsplan hinausgehenden – Verkehrsleistungen ab dem Harmonisierungszeitpunkt am 31. Juni 2019 wird zugestimmt (Ziffer II.).
3. Der Bericht der Kreisverwaltung zu den Anträgen der CDU-Fraktion auf Berichterstattung über die Auswirkungen der Einführung des 15-Minuten-Taktes bei der S-Bahn im VVS-Gebiet, sowie die Auswirkungen auf die Anschlüsse an den S-Bahnstationen im Rems-Murr-Kreis und der Freie Wähler-Fraktion auf Berichterstattung über die Auswirkungen des 15-Minuten-Taktes der S-Bahn auf den Busverkehr werden zur Kenntnis genommen (Ziffer III.).
4. Der Antrag der DIE LINKE-/ÖDP-Gruppe zu WLAN-freien Zugabteilen in S-Bahnen und Regionalzügen wird abgelehnt (Ziffer IV.).
5. Der Bericht zu den aktuellen ÖPNV-Themen wird zur Kenntnis genommen (Ziffer V.).

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am 07.07.2017

Seite 20

Öffentlich

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 7.1Antrag DIE LINKE/ÖDP-Gruppe zu WLAN-freien Zugabteilen in S-Bahnen und Regionalzügen

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 11 Ja-, 7-Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen die Ziffer 4 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

4. Der Antrag der DIE LINKE-/ÖDP-Gruppe zu WLAN-freien Zugabteilen in S-Bahnen und Regionalzügen wird abgelehnt.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 8VVS-Tarife 2018 und Antrag DIE LINKE/ÖDPDrucksache 2017/111

Landrat Dr. Sigel sagt, die Verkehrsunternehmer wollten am 26. Juli 2017 beschließen, die Fahrpreise des VVS zum 01.01.2018 um durchschnittlich 1,9 % zu erhöhen. Aus Sicht der Landkreisverwaltung sei die vorgeschlagene Umsetzung nachvollziehbar und plausibel. Das bisherige FeinstaubTicket solle abgelöst und für die Schadstoffperiode vom 15. Oktober 2017 bis 15. April 2018 ein TagesTicket, das im Preis um etwa 30 % reduziert sei, angeboten werden. Es bleibe abzuwarten, ob auch im Sommer aufgrund der Stickoxidbelastung Fahrverbote ausgesprochen werden sollen und ein Angebot für den Umstieg auf ÖPNV notwendig sein werde. In den letzten Wochen sei viel über das Bestreben der Stadt Stuttgart an einer Zusammenlegung der zwei Tarifzonen zu einer Zone in Stuttgart sowie des Wegfalls der Sektorengrenzen diskutiert worden. Nach Auffassung der Landkreise sollten nicht nur diese beiden Möglichkeiten sondern das komplette Tarifsystem gründlich überprüft werden. Von einem Wegfall der Sektorengrenzen würden im Rems-Murr-Kreis nur wenige Fahrgäste profitieren, da die meisten doch Richtung Stuttgart fahren. Von Welzheim und Murrhardt nach Waiblingen müsste weiterhin ein Fahrschein für 5 Zonen gelöst werden, während in Stuttgart nur noch eine Zone gekauft werden müsste. Im Rems-Murr-Kreis gebe es 12 Zonen, in Esslingen gar 15. Deshalb wolle man, dass in einem Gesamtkonzept auch die finanziellen Auswirkungen einer Reduzierung der Zonen einmal berechnet und dargestellt würden. Das Thema Sozialticket sei für die UVA-Sitzung am 18. September 2017 vorgesehen. Die Ergebnisse der Evaluation in Stuttgart werden uns erst nach der Behandlung in den Gremien der Landeshauptstadt zur Verfügung gestellt. Landrat

Dr. Sigel führt weiterhin aus, dass die Fraktion DIE LINKE/ÖDP die Tarifierhöhung des VVS ablehne. Eine Ablehnung der Tarifierhöhung seitens der Gebietskörperschaften hätte aber zur Folge, dass die Mindereinnahmen von 9,6 Mio. € ausgeglichen werden müssten. Für den Rems-Murr-Kreis wären diese etwa 1,4 Mio./Jahr. Deshalb schlage die Kreisverwaltung vor, den Antrag abzulehnen.

VVS-Geschäftsführer Hachenberger erläutert die VVS-Tarife 2018 an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Riedel stellt klar, er könne den Landrat nicht beauftragen den Tarifierhöhungen zuzustimmen. Man habe zwar ein gutes System aber leider funktioniere es nicht, vor allem nicht im Rems-Murr Kreis. Nicht nur die S-Bahnen würden nicht funktionieren sondern ein Problem sei auch, dass die Anschlüsse an die Busverkehre nicht passen. Auch würden oftmals Regionalzüge ausfallen, so dass man die eigentliche Vielfalt des Systems erst gar nicht nutzen könne. Das FeinstaubTicket sei ein Fehlschlag gewesen. Er habe auch Zweifel daran, ob es richtig sei, dass man bei Handybuchungen das Ticket billiger erhalte. Bei einem Kostendeckungsgrad von über 60 Prozent durch den Nutzer könne er eine Fahrpreiserhöhung nicht verstehen. Er fordere eine stärkere Finanzierung durch die öffentliche Hand. Auch die Umweltproblematik zwingt einen zu noch mehr Verlagerung auf den ÖPNV. Das System müsse revolutioniert werden und er hoffe, dass man in Zukunft maximal 4 Zonen haben werde. Nur ein pünktlicher und barrierefreier ÖPNV sei zukunftsfähig.

Kreisrätin Sturm meint, sie habe den Eindruck, dass es insgesamt etwas besser geworden sei. Nach wie vor sehe sie in den Bahnsteigen ein Problem und wolle wissen, wer dafür zuständig sei. Ihr sei bewusst, dass eine Ablehnung der Tarifierhöhung eine jährliche Mehrbelastung von 1,4 Mio. Euro für den Landkreis bedeute. Deshalb wolle sie wissen, wie lange der Vertrag in der vorliegenden Form noch laufe. Dass die Stadt Stuttgart etwas tun müsse, sei ihr klar, aber die Frage sei, was bedeute dies an Verbesserungen für den Rems-Murr-Kreis. Zukünftig werde das autonome Fahren sicherlich auch ein Thema werden.

Kreisrätin Wilhelm sagt, ein 2-Zonen-System wäre eine Revolution und man solle bitte einmal berechnen, was dies für Konsequenzen hätte. Beim letzten VVS-Gipfel sei klar zu erkennen gewesen, dass rund 80 Prozent Ausnahme-Tickets seien. Die Preiserhöhungen träfen die restlichen 20 Prozent, was ein falscher Ansatz sei. Auch das verbilligte 9-Uhr-Ticket stelle kein Luxusangebot dar, schon gar nicht wenn Schulklassen unterwegs seien. Die Kapazitäten seien erschöpft und man müsse andere Ansätze finden.

Kreisrat Bezler spricht sich gegen eine Tarifierhöhung aus. Ökologisch orientierte Menschen sollten nicht immer mehr zahlen und auch noch für ihre Haltung gestraft werden. Eine 50:50-Finanzierung sei schon lange nicht mehr gegeben. Seiner Meinung nach müsse die öffentliche Hand mehr zahlen.

Kreisrat Sczuka spricht dem VVS sein Lob aus, denn in den letzten Jahren habe sich vieles bewegt und positiv verändert. Die Tarife seien politisch bestimmt und der Ausschuss an sich habe kaum Einflussmöglichkeit. Im Sinne des Rems-Murr-Kreises könne man es nicht verantworten, dass die Tarife aus anderen Mitteln bezahlt werden würden. Deshalb stimme er für die Tarifierhöhung. Wenn die Stadt Stuttgart eine Zone erhalte, müsse man von drei Zonen für das Umland ausgehen. Zu glauben, dass das Umland ebenso zu einer Zone zusammengeschlossen werde, sei utopisch. Langfristig müsse das Tarifsystem modifiziert werden. Selbst bei einem Anteil von 60-70 Prozent zu Lasten der Nutzer, sei die finanzielle Belastung für die öffentliche Hand noch groß genug. Aus der 50:50-Regelung dürfe man kein Dogma machen. Gerade im ländlichen Raum sehe er bei den Handy-Tickets Vorteile.

Landrat Dr. Sigel fasst nochmals zusammen, dass die Tarifierhöhungen bereits beschlossene Sache seien. Es gehe nur noch um die Frage der Finanzierung. Bei Nicht-Zustimmung seitens des Kreises müsse der Rems-Murr-Kreis 1,4 Mio. Euro mehr zahlen. Ein künftiges 3-Zonen-System oder auch die Umstellung auf den 15-Minuten-Takt seien mit Kosten in Millionenhöhe verbunden. Ebenso müsse man einiges an Geld in die Hand nehmen, wenn man den Verkehr in die Fläche ausbreiten wolle.

Kreisrat Riedel zeigt für die Argumente des Landrats Verständnis, bleibt aber bei seiner Meinung, dass man gegenüber dem VVS einmal ein Zeichen setzen müsse. Die Vertretung der Bürgerschaft und der ÖPNV-Nutzer verstehe er als seinen Wahlauftrag. Ihm sei wichtig, dass das Geld in die Verbesserungen des ÖPNVs fließen würde.

Geschäftsführer Hachenberger entgegnet Kreisrat Riedel, über die Tarife könne man nicht die Störungen oder Verspätungen bekämpfen. Ihm sei bewusst, dass dies die Kunden ärgere. Ebenso sei bekannt, dass der Beruf des Zugführers, auch in Hinblick auf die Wochenarbeitsstunden, kein attraktiver Job sei.

Kreisrätin Wilhelm ergänzt, die Umstellung auf ein 3-Zonen-Modell wäre mit Mehrkosten von ca. 35 Mio. Euro verbunden.

Herr Dietz, Bereichsleiter VVS, sagt, ohne eine konkrete Berechnung angestellt zu haben, würde ein 2-Zonen-Modell, bei gleichen Preisen wie bisher, mit einem dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr an zusätzlichen Kosten verbunden sein.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt von der Erhöhung des VVS-Gemeinschaftstarifs um 1,9 Prozent zum 01.01.2018 Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 8.1Vertreter des Rems-Murr-Kreises im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung des VVS

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mit 12-Ja-, 8-Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

Herr Landrat Dr. Richard Sigel wird beauftragt, als Vertreter des Rems-Murr-Kreises im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung des VVS am 25.07.2017 der vom VVS vorgeschlagenen Umsetzung der Tarifierpassung bei den einzelnen Tarifpositionen zuzustimmen.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 8.2Antrag DIE LINKE/ÖDP

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mit 12-Ja-Stimmen und 7-Nein-Stimmen mehrheitlich die Ziffer 3 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss lehnt den Antrag von DIE LINKE/ÖDP ab.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 9Stellungnahme des Rems-Murr-Kreises zum Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt Stuttgart, Antrag der FDP/FW-FraktionDrucksache 2017/124

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass das Thema bereits beim Besuch des Regierungspräsidenten Reimer im Rems-Murr-Kreis im April diskutiert worden sei und man sich sehr kritisch positioniert habe. Derzeit befinde man sich in einem öffentlichen Anhörungsverfahren, in dem das Landratsamt als untere Verwaltungsbehörde eine Stellungnahme abgeben könne. Dem Wunsch, das Thema auch im Umwelt- und Verkehrsausschuss zu behandeln, sei man gerne nachgekommen. Der dem Gremium vorliegenden Stellungnahme sei zu entnehmen, dass man sich kritisch geäußert habe, viele Fragen jedoch noch unbeantwortet seien und man als Landkreis nicht wie gewünscht eingebunden worden sei. Er äußert sich kritisch darüber, dass die Anstrengungen des Landkreises kaum gewürdigt würden und hinterfragt die Vorgehensweise der Stadt Stuttgart, einen Einkaufstempel nach dem anderen mit entsprechenden Tiefgaragen zu eröffnen. Wenn die Maßnahmen der Fortschreibung des Luftreinhalteplans umgesetzt werden würden, befürchte man, dass der Rems-Murr-Kreis die Verdrängungsverkehre zu spüren bekomme. Der Rems-Murr-Kreis habe sich immer als Teil der Lösung gesehen und dementsprechend auch versucht, seinen Beitrag im VVS zu leisten.

Kreisrat Heide ist der Meinung, dass das Thema nicht sachgerecht behandelt werde. Er kritisiert die Vorgabe von Grenzwerten, welche zu Folge hätten, dass Städte oder Kreise unterhalb des Grenzwertes fein raus wären, während Orte mit Werten knapp darüber den schwarzen Peter gezogen hätten. Das Thema müsse großflächiger behandelt werden, sonst werde man es nicht in den Griff bekommen. Er verweist außerdem auf eine Untersuchung, die entgegen der Auffassung Vieler gezeigt hätte, dass die Sonneneinstrahlung in Deutschland um zwei Prozent zugenommen habe, weil der Staub in der Luft weniger geworden sei.

Kreisrat Haußmann bedankt sich für die Stellungnahme. Er hält es für wichtig, dass sich auch die umliegenden Landkreise von Stuttgart zum Thema Luftreinhaltung positionierten. Dem Thema Fahrverbote stehe er kritisch gegenüber, insbesondere auch in Anbetracht der sozialen Auswirkungen.

Kreisrat Ulrich sagt, dass die vorliegende Stellungnahme sehr gut erarbeitet sei. Er führt an, dass die Region Stuttgart insgesamt zu wenig Straßenverkehrsinfrastruktur habe. Hier müsse eine Gesamtstrategie gegen die Feinstaubbelastung erarbeitet werden. Als geeignete Maßnahmen, um diesem Problem entgegen zu wirken, sehe er in der Umsetzung der Filder-Auffahrt bzw. dem Nord-Ost-Ring. Er betont, dass zu diesem Gesamtkonzept, zum Wohle der Stadt Stuttgart als auch des gesamten Ballungsraums, auch der Straßenbau mit einbezogen werden müsse.

Kreisrätin Sturm erläutert, dass mit dem Bau eines Nord-Ost-Rings frühestens in 25 Jahren wenn überhaupt zu rechnen sei. Fraglich sei außerdem, ob die Stadt Stuttgart durch diese Maßnahmen überhaupt einen Effekt spüren würde. Sie betont, dass Feinstaub erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit habe. Sie stellt in den Raum, ob ein entsprechender Luftreinhalteplan für den Rems-Murr-Kreis mit geeigneten Maßnahmen sinnvoll wäre. Man habe auch hier in der Region ein Feinstaub- sowie Stickoxidproblem. Sie appelliert an das Gremium, weiterzudenken und es nicht bei einer einmaligen Stellungnahme zu belassen.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, die Luftreinhaltepläne lägen in der Zuständigkeit des Landes. Es habe den Wunsch gegeben, jetzt zu berichten, wie man sich zum Thema positioniere, da der Rems-Murr-Kreis vor allem durch die Verkehrsbelastung betroffen sei.

Kreisrat Jäger betont, dass es aufgrund der direkten Betroffenheit eine Pflicht des Landkreises sei, hier eine Stellungnahme abzugeben. Im Grunde sei der Luftreinhalteplan Stuttgarts nur eine Problemverlagerung auf das Umland. Er äußert Kritik darüber, dass man aus Stuttgart noch keine Antwort erhalten habe, inwiefern es konkrete Auswirkungen auf dem Rems-Murr-Kreis gebe. Daraus schließe er, dass es diesbezüglich bisher noch keinerlei Untersuchungen gebe. Zwar habe es Stuttgart nun mal mit einer historisch gewachsenen Kesselsituation zu tun, schaffe andererseits aber immer wieder neue Anreize, um Menschen in die Stadt zu ziehen. Er halte es für wichtig, das Problem nicht zu verlagern, sondern eine gesamtinfrastrukturelle Lösung zu finden. Fahrverbote seien dazu nicht hilfreich. Seiner Meinung nach werde das Thema Straßenreinigung zu sehr vernachlässigt. Man wisse, dass der größte Teil des Feinstaubes durch den Abrieb von Bremsen und Reifen entstehe. Hier müsse die Stadt Stuttgart aktiv werden. Zuletzt halte er aber die Stellungnahme des Landkreises für das richtige Signal.

Kreisrat Riedel geht davon aus, dass die Stadt Stuttgart aufgrund des künftigen EU-Rechts ein Problem bekommen werde. Er hebt außerdem hervor, dass die direkt betroffenen Bürger/innen sowie der Stuttgarter Gemeinderat gegen einen Nord-Ost-Ring seien.

Kreisrätin Fleischer äußert sich kritisch über die Errichtung eines Nord-Ost-Rings. Sie hebt den Unterschied zwischen Elektroautos und Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bei der Entstehung von Stickoxiden hervor und betont die Schutzwürdigkeit der Bürger/innen des Rems-Murr-Kreises.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar zeigt sich enttäuscht über die Kommunikation seitens des Landes und informiert kurz über bereits beschlossene, verkehrsrelevante Maßnahmen. Bei der Umsetzung von Fahrverboten befürchte er einen Verkehrskollaps im Rems-Murr-Kreis. Sollte die Umsetzung kommen, seien rund 70.000 Fahrzeuge aus dem Rems-Murr-Kreis von Ein- und Durchfahrverbot betroffen. Auch komme es dann zu einer Ungleichbehandlung gegenüber den Fahrzeugen innerhalb Stuttgarts. Leidtragende seien vor allem diejenigen, die sich kein neues Auto leisten könnten.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt die Stellungnahme der Landkreisverwaltung zum Entwurf des Landes zur 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Landeshauptstadt Stuttgart zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 10

Verschiedenes

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Daniela Bareiß